

enschaften wie die Privatheit in übergriffliger Weise zerstört. Hier bleibt, ausgehend von *Rzepkas* ideenpolitischer und historisch-semanticologischer Studie, weiterzufragen, ob ein kapitalismusaffiner Überwachungsstaat und eine liberalpaternalistische Transparenzgesellschaft nicht doch ähnlich harmonisieren, wie Bentham es beworben hatte.

Sebastian Huhnholz

Fischer, Frank und Herbert Gottweis (Hrsg.). *The Argumentative Turn Revisited. Public Policy as Communicative Practice*. Durham und London. Duke University Press 2012. 392 Seiten. 29,00 €.

1993 wies ein von *Frank Fischer* und *John Forester* herausgegebener Band auf die Defizite einer einseitig ökonomisch-analytisch orientierten Policyforschung hin. Ob die damals proklamierte „Wende“ in der Policyforschung tatsächlich stattgefunden hat, dürften empirisch-analytische Policyforscher bestreiten, unbestreitbar aber hat sich ein interpretativ-argumentativ ausgerichtetes Paradigma als ernst zu nehmende Alternative etabliert. Mit dem jetzt erschienenen Band wollen *Frank Fischer* und *Herbert Gottweis* als Herausgeber nach 20 Jahren eine Bestandsaufnahme vornehmen und das Feld der argumentativen Policyforschung abstecken.

Schon die Einleitung, die sie dem Band voranstellen, macht jedoch die Probleme einer Forschung deutlich, die einen wissenschaftstheoretischen Konstruktivismus mit einer induktiven Methodologie und starken normativen Prämissen verbinden will. Als Gegner werden neben Rational Choice-Theoretikern

die Ökonomie als ganze Disziplin, eine methodisch quantitativ oder auch qualitativ analytische Forschung sowie die „technokratischen Planer“ ausgemacht. Diesen werden nicht nur relativ unterschiedslos Erklärungsdefizite diagnostiziert, sie werden in einer sehr polemischen Passage auch gleich für die Katastrophe von Fukushima, die Finanzkrise und den Irakkrieg mitverantwortlich gemacht. Das Lagerdenken, das an dieser Stelle zum Ausdruck kommt, macht zum einen deutlich, dass sich die argumentative Forschung, anders als die Rede von einer entsprechenden „Wende“ vermuten lässt, immer noch in der Defensive befindet. Noch bedauerlicher aber ist, dass der zweifellos fruchtbare Blick auf kommunikative Praktiken und diskursive Prozesse in Entscheidungs- und Planungsprozessen nicht als Komplement einer analytischen Herangehensweise, sondern als grundsätzliche Alternative präsentiert wird. Damit stellt sich der Sammelband als Ergebnis eines Selbstverständigungsprozesses dar, das in erster Linie an Angehörige des eigenen Lagers adressiert ist und weniger als ein Gesprächsangebot an analytische Theoretiker zu verstehen ist.

Obwohl jedem der Kapitel eine Einordnung in Bezug auf den „argumentative turn“ vorangestellt ist, machen die einzelnen Beiträge deutlich, dass das in der Einleitung abgesteckte Feld weniger homogen ist als unterstellt wird. Der Beitrag von *John Dryzek* und *Carolin Hendricks* nimmt die augenscheinliche Wahlverwandtschaft zwischen argumentativer Policyforschung und deliberativen Demokratietheorien in den Blick, zeigt dabei aber in von den Autoren wohl nicht intendierter Weise auch, dass diese Wahlverwandtschaft in erster Linie auf einem geteil-

ten Interesse an und der positiven Bewertung von verständigungsorientierten Kommunikationsprozessen in der Politik, weniger aber in gemeinsamen wissenschaftstheoretischen und methodischen Herangehensweisen besteht. Denn der Überblick über Effekte institutionellen Designs auf Interaktion in Bürgerforen, den *Dryzek* und *Hendricks* vornehmen, erhebt genau den Generalisierungsanspruch, der in der Einleitung zurückgewiesen wird, und führt als Belege die Art von empirisch-analytischen Studien an, deren Herangehensweise kritisiert wird. Das Ergebnis ist ein lesenswerter Beitrag zur deliberativen Demokratietheorie und empirischen Deliberationsforschung, der darüber hinaus jedoch wenig zur Erhellung neuer Perspektiven in der Policyforschung beiträgt.

Programmatisch interessanter ist der Beitrag von *Vivan A. Schmidt*, mit dem die Autorin neben den bereits existierenden „neuen Institutionalismen“ (Rational Choice, historisch und soziologisch) einen „diskursiven Institutionalismus“ etablieren will. Die sozialkonstruktivistische Herangehensweise, auf der ein solcher basiert, führt für *Schmidt* nicht zu einem radikalen Relativismus, wodurch der diskursive Institutionalismus für andere institutionalistische Theorien anschlussfähig bleibt. Auch wenn das entsprechende Forschungsprogramm noch etwas im Unklaren bleibt, gelingt es *Schmidt*, die blinden Flecken der Institutionenforschung und das Potenzial einer diskursorientierten Perspektive aufzuzeigen, ohne das Erklärungspotenzial konkurrierender Zugänge vollständig in Abrede zu stellen.

Kapitel von *Stephen Coleman* und *Leonie Sandercock* und *Giovanni Attili* untersuchen das Internet beziehungs-

weise den Film als Medien argumentativer Policy-Planung. Während *Colemans* begeistertes Plädoyer für das Potential des Internets zwar nicht für die vermachteten Strukturen auch dieser Teilöffentlichkeit, wohl aber für die Gefahren der Hassrede und Polarisierung, die von Foren anonymer Meinungsäußerung ausgehen, weitgehend blind ist, stellt der Beitrag von *Sandercock* und *Attili* ein Beispiel klassischer Aktionsforschung dar: Die Autoren verwenden einen selbst produzierten Dokumentarfilm über Integration in einer multi-ethnischen Nachbarschaft zugleich als Forschungsmethode, Datengrundlage wissenschaftlicher Analyse und politische Botschaft.

Das Potenzial argumentativer Policyforschung im Vergleich zu konkurrierenden, stärker qualitativ und quantitativ-analytisch ausgerichteten Ansätzen wird dagegen am ehesten in zwei Kapiteln deutlich, die sich mit konkreten Politikfeldern und Politikentscheidungen in den USA befassen. *Herbert Gottweis* untersucht politische Rhetorik im Umgang mit menschlichen embryonalen Stammzellen, *Sanford S. Schram* den Wandel politischer Diskurse und Narrative am Beispiel der Reform der Grundsicherung für arme Familien in den 90er Jahren. Gerade der Beitrag von *Schram*, der die Medikalisierung des Sozialleistungsbezugs, die mit den Reformen des welfare-to-work Programms einherging, als strategisch motiviert entlarvt und zugleich eindrücklich ihre Konsequenzen für Individuen und Gesellschaft aufzeigt, eröffnet Perspektiven, die einer für die Bedeutung diskursiver Prozesse unsensiblen Forschung verschlossen bleiben müssen. Zugleich aber fehlen jegliche Belege für den festgestellten diskursiven Wandel und die unterstellten Kausalzusammen-

hänge, und es bleibt fraglich, ob sich nicht mit ähnlicher Plausibilität eine völlig andere Geschichte erzählen ließe. Das Fehlen jeglicher Zweifel an der eigenen Interpretation und das ausbleibende Eingeständnis jeglicher Grenzen des eigenen Erklärungsanspruchs machen den Text dann letztlich eher zu einem politischen Debattenbeitrag als zu einer wissenschaftlichen Analyse.

Theoretisch am instruktivsten sind die letzten drei Kapitel des Bandes. Der sehr erhellende Beitrag von *Hubertus Buchstein* und *Dirk Jörke* bietet eine kritische Rekonstruktion der Entwicklung von Jürgen Habermas' Werk seit den 70er Jahren und diskutiert dessen epistemische Wende, um im Anschluss eine von Foucaults Diskurstheorie inspirierte Kritik an deliberativen Demokratietheorien und institutionalisierter Deliberation vorzunehmen. Eine Pointe liegt jedoch schließlich in der Feststellung, dass Habermas' politische Theorie eine normative Grundlage gerade für die Institutionen und Praktiken darstellen könnte, die für Foucault Dominanzbeziehungen minimieren könnten (297). Das folgende Kapitel von *David Howarth* und *Steven Griggs* legt die Grundlagen einer poststrukturalistischen Politikanalyse dar, das Abschlusskapitel von *Frank Fischer* und *Alan Mandell* die Theorie und Praxis transformativen Lernens. Gerade der Beitrag von *Fischer* und *Mandell* macht aber wieder deutlich, wie sehr in der argumentativen Policyforschung Analyse- und politisch propagierte Entscheidungs- und Planungspraxis in eins fallen. Transformatives Lernen wird zugleich als politische Praxis vorgeschlagen und als Theorie sozialer Interaktion verwendet, um eben diese Praxis zu untersuchen. Aus Sicht einer post-positivistischen und

poststrukturalistischen Theorie mag dies sogar angezeigt sein, für Forscher mit einem „konventionelleren“ Wissenschaftsverständnis ist dieses Vorgehen jedoch problematisch.

Insgesamt ist der Band für Anhänger interpretativer Ansätze in der Policyforschung eine mit Sicherheit wertvolle Dokumentation des Diskussions- und Forschungsstandes, stellt aber für Außenstehende kein Kompendium dar, in dem ein kohärentes Forschungsprogramm deutlich wird. Angesichts einiger durchaus sehr lesenswerter Einzelbeiträge und des moderaten Preises stellt das Buch insbesondere für Bibliotheken dennoch eine lohnende Anschaffung dar.

*Claudia Landwehr*

Rodgers, Daniel T. *Age of Fracture*. Cambridge, Mass. und London. Harvard University Press 2012. 360 Seiten. 17,10 €.

Das Forschungsfeld „Internationale Politische Theorie“ hat sich spätestens seit 2010 auch in der deutschen Politikwissenschaft etabliert und scheint derzeit insbesondere unter ambitionierteren Nachwuchswissenschaftlern eine der populärsten Kategorien akademischer Selbstbeschreibung zu sein. *Daniel T. Rodgers*, Henry Charles Lea Professor of History an der Princeton University, kann mit Recht als einer der Pioniere des Feldes gelten.

Bereits im 1998 erschienenen „Atlantic Crossings“ standen Ideen und deren transeuropäische und transatlantische Diffusion im Mittelpunkt der Analyse. Auch wenn einigen Kommentatoren *Rodgers'* Methode reichlich eklektisch erschien, setzte diese gerade durch den Fokus auf ein gemeinsames konzeptuel-